



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 95. Ratssitzung vom 22. Mai 2024

3194. 2023/241

Postulat von Mélissa Dufournet (FDP), Ronny Siev (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 24.05.2023:

Kostenloses Beratungsangebot zur Vermeidung von Erwerbsarmut bei Selbständigerwerbenden

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Ronny Siev (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1821/2023): Dieses Postulat entstammt aus der Diskussion um den Mindestlohn. Dort ging es vor allem um die Working-Poor, deren Situation wir vertieft betrachteten. Rund ein Fünftel der Working-Poor-Betroffenen zählen zur Gruppe der Selbständigerwerbenden. Sie arbeiten meistens als einzige Arbeitnehmende in ihren eigenen Unternehmen und verfügen oft über ganz wenige Angestellte. Ihr Einkommen ist direkt an den wirtschaftlichen Erfolg ihrer Unternehmung gekoppelt. Entsprechend erfordern Massnahmen zur Vermeidung von Erwerbsarmut der Betroffenen den Miteinbezug ihres Unternehmens. So unterschiedlich die betroffenen Branchen und Unternehmungen sind, so unterschiedlich sind auch die Ursachen der Erwerbsarmut der Selbständigerwerbenden. Oft besteht ein starker Zusammenhang zwischen der allgemeinen Wirtschaftslage und spezifischen Entwicklungen ihres Tätigkeitsbereichs. Befindet sich die Unternehmung in einer wirtschaftlichen Schiefelage, verfügen die Betroffenen nicht über das nötige Know-how, um die Situation nachhaltig bewältigen zu können. Mit entsprechender Beratung und gezielten Massnahmen sollte der Turnaround zu schaffen sein, was im Rahmen der Armutsprävention sinnvoll ist. Das Beratungsangebot kann auch zu einer Zusammenarbeit mit dem Laufbahnzentrum der Stadt Zürich führen – übersetzt bedeutet dies, dass die Beratung zum Schluss kommen kann, dass das Geschäft nicht nachhaltig rentabel betrieben werden kann und die Person das Geschäft aufgeben und eine andere Stelle antreten sollte. Das Ziel der Beratung ist die nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen. Auch wenn der Mindestlohn kommt, werden diese Selbständigerwerbenden nicht davon profitieren können. Der Stadtrat wird darum aufgefordert, mit diesem Postulat zu prüfen, wie ein kostenloses Beratungsangebot geschaffen werden kann für Kleinunternehmen in schwierigen finanziellen Situationen.



Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 7. Juni 2023 gestellten Ablehnungsantrag: *Wieso entsteht Erwerbsarmut? Haben wir überhaupt Erwerbsarmut? In der Medienmitteilung «Einkommen, Armut und Lebensbedingungen im Jahr 2021» des Bundesamts für Statistik vom 2.5.2023 steht: «Im Jahr 2021 betraf dies in der Schweiz 5,2 Prozent. Die Armutsquote war mit 8,7 Prozent fast auf dem gleichen Niveau wie vor der Covid-19-Pandemie. Der allgemeine Lebensstandard in der Schweiz gehört weiterhin zu den höchsten Europas.» Weiter steht: «Armutsquote kaum von der Pandemie beeinflusst» und «Wie in den Vorjahren sind ausländische Personen, Alleinlebende, Personen in Einelternhaushalten, Personen ohne nachobligatorische Ausbildung und Personen in Haushalten ohne Arbeitsmarktteilnahme besonders häufig von Einkommensarmut betroffen». Das hier Verlangte hat also keinen Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftslage – das sagt das Bundesamt für Statistik. Die SVP fördert die Selbstständigkeit von Menschen, aber das Hauptproblem ist – wie im Postulat erwähnt – dass viele Personen ein Unternehmen gründen, ohne die Branche zu kennen. Es gibt auch Personen, die lediglich an ihre Pensionskassengelder rankommen möchten und täuschen dafür eine Selbstständigkeit vor, die sie gar nicht ernst meinen. Viele Neuunternehmungen haben keine Ahnung von der Branche, wissen nicht wie man eine Buchhaltung führt und haben keinen Überblick über die Finanzen. Meistens kennen sie die auf sie zukommenden Risiken und Kosten nicht, oder dass es für ein seriöses Geschäft ein Businessplan braucht. Viele scheitern daran und schmeissen den Bettel hin, weil sie unüberlegt und ohne Vorkenntnisse handeln. Gerade bei Leuten mit Migrationshintergrund sollte man genau hinschauen. Ich selbst habe Migrationshintergrund und bin deshalb kein Rassist. Ich sehe aber, was abläuft. Es geht nicht um die Diskriminierung von Ausländern, vielmehr sind es Tatsachen vom Bundesamt für Statistik. Im Jahr 2022 gab es 50 015 Neueintragungen im Handelsregister und gleichzeitig 28 107 Löschungen. Das sollte zu denken geben. Ich bin Automechaniker und kann nicht im Triemli im Operationssaal arbeiten, aber heutzutage kann alles gegründet werden, worauf man Lust hat. Dort muss angesetzt werden. Die SVP möchte keine Menschen unterstützen, die aus reiner Lust ein Unternehmen gründen und sich durch ein staatliches Netz vor dem Scheitern abgesichert fühlen. Dies ist aber immer mehr der Fall. Deswegen brauchen wir nicht noch mehr kostenlose Beratungsstellen – vielmehr sollten wir darauf achten, dass jeder, der ein Geschäft eröffnet, auch über die notwendige Fachkenntnis verfügen. Deshalb lehnen wir von der SVP das Postulat ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Reis Luzhnica (SP): *Wir von der SP finden das Anliegen des Postulats unterstützenswert und es sollte vom Stadtrat geprüft werden. Das Postulat zielt darauf ab, Kleinstunternehmen in finanziellen Schwierigkeiten kostenlos zu beraten und zu unterstützen. Dies ist ein wichtiger Schritt bei der Förderung der Chancengleichheit und bei der Bekämpfung der sozialen Ungleichheit – also eine ur-sozialdemokratische Forderung, zu der wir nur Ja sagen können. Trotzdem hätte man bei der Definition der Kleinstunternehmen genauer eingrenzen können, was damit gemeint ist. Aktuell bleibt unklar, wer damit genau angesprochen werden sollte – es freut mich aber, dass die Bürgerlichen dem STR*



3 / 4

Raphael Golta genauso viel Vertrauen schenken wie ich, dass er dies richtig machen wird. Man sollte auch darauf achten, dass die Beratung umfassend gestaltet wird und auch Themen wie Nachhaltigkeit und umweltfreundliches Geschäften beinhaltet. Von den Bürgerlichen erwarte ich, dass sie uns bei unseren Forderungen unterstützen in Beratungsthemen in anderen wichtigen Bereichen wie sexualisierter Gewalt; LGBTIQ-Helpline oder einer Beratungsstelle für Familien mit Kindern, die von Autismusspektrumsstörungen betroffen sind. Solche Beratungsangebote sind für die soziale Sicherheit und das Wohlbefinden der Stadtbevölkerung sehr wichtig. Wir unterstützen das Postulat.

Jürg Rauser (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ein Beratungsangebot geschaffen werden kann, um Erwerbsarmut bei Selbstständigerwerbenden gezielt zu vermeiden. Die Beratungsstelle soll kostenlose Beratungen für Kleinunternehmen in schwieriger finanzieller Situation anbieten und kann in bereits bestehende Beratungsstellen integriert werden.» Das Anliegen ist absolut berechtigt. Auch eine Arbeitslosenversicherung für Selbstständigerwerbende wäre angebracht – so viel ich weiss, ist dies in Bundesgesetzen vorgesehen, aber noch nicht umgesetzt, sie bezahlen die Abgaben. Aber dies ist nur eine Klammerbemerkung. Es ist aus unserer Sicht wenig sinnvoll, ein neues Beratungsangebot zu schaffen. Es gibt viele Beratungsangebote und darum wäre es sinnvoll, dieses Anliegen in ein bestehendes Angebot zu integrieren, das auch schon über einen gewissen Bekanntheitsgrad verfügt. Wir sind überzeugt, dass es so die betreffenden Unternehmerinnen und Unternehmer besser erreicht. Mit dieser Textänderung könnten wir dem Postulat zustimmen.

Patrik Brunner (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Karin Stepinski (Die Mitte): Die Die Mitte/EVP-Fraktion ist Mitunterzeichnerin des Postulats. Es ist wichtig, die Kleinunternehmen vor Konkurs und Arbeitslosigkeit bewahren zu versuchen, denn die sonst entstehenden Folgekosten wären hoch.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ein Beratungsangebot geschaffen werden kann, um Erwerbsarmut bei Selbstständigerwerbenden gezielt zu vermeiden. Die Beratungsstelle soll kostenlose Beratungen für Kleinunternehmen in schwieriger finanzieller Situation anbieten- und kann in bereits bestehende und bekannte Beratungsstellen integriert werden.

Das geänderte Postulat wird mit 101 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat